

## **Die Zukunftskonferenz ernst nehmen und Konvent einsetzen**

Am 9. Mai wurden die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas feierlich vorgelegt. Auf dem Tisch liegen insgesamt 49 konkrete Empfehlungen und 326 Maßnahmen, die darauf zielen, die EU handlungsfähiger, demokratischer und resilienter zu machen.

Die EUD hat bereits vorgeschlagen, die Änderungen der Zukunftskonferenz in zwei Kategorien einzuteilen:

- a) die innerhalb des bestehenden Vertragsrahmens umgesetzt werden können und
- b) die durch eine Vertragsänderung umgesetzt werden müssen.

Viele der Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Zukunftskonferenz können ohne Vertragsänderungen umgesetzt werden.

Andere Vorschläge erfordern Vertragsänderungen.

Wichtig für die EUD sind hier insbesondere Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

Prioritär sind u.a.

- in relevanten Politikfeldern Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zu treffen,
- ein einheitliches europäisches Wahlrecht inklusive transnationaler Listen und
- das volle Initiativrecht des Europäischen Parlaments.

Wir plädieren dafür, die Vorschläge, die sich im Rahmen der bestehenden Verträge sofort umsetzen lassen, umgehend aufzugreifen. Die EU-Kommission sollte diese Vorschläge bei der Vorlage ihres nächsten Arbeitsprogramms dementsprechend berücksichtigen.

Um die Vorschläge aufzugreifen, die Vertragsänderungen erfordern, sollte unverzüglich ein Konvent einberufen werden.

Wir, die EUD appellieren an den Rat, die Kommission und an das Europäische Parlament, die Vorschläge der Zukunftskonferenz ernst zu nehmen und aufzugreifen.

Wir begrüßen daher den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 9. Juni, einen Konvent gemäß Artikel 48 EU-Vertrag einzuberufen und das Verfahren formal einzuleiten.

Jetzt ist der Rat gefordert. Hier gilt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Bundesregierung sollte gemäß dem Koalitionsvertrag eine führende Rolle einnehmen und diesen Reformprozess aktiv vorantreiben und mitgestalten.

Die EUD engagiert sich als Verband, um den gesamten Reformprozess zu unterstützen.